

**Bert Hoffmann**

## **Krise und Transformation des kubanischen Sozialismus – ein Überblick**

Me están hablando ahora, de un nuevo socialismo  
que para defenderse, usa el capitalismo.  
Quisiera actualizarme, con esta nueva idea ...  
(Pedro Luis Ferrer)<sup>1</sup>

Nach 1989, als die Berliner Mauer fiel und die Sowjetunion zerbrach, schien vielen auch der "Fall Kuba" nur eine Frage der Zeit. Ein Buch mit dem Titel *Castro's Final Hour* wurde in den USA zum Bestseller. Doch Castros letzte Stunde wurde lang und länger. Mehr als ein Jahrzehnt später ist zu konstatieren, dass das sozialistische Kuba in den 90er Jahren zwar in der Tat eine tiefe, alle Bereiche von Wirtschaft und Gesellschaft erfassende Krise durchlebte, das politische System diese jedoch überstanden hat. Möglich war dies allerdings nicht etwa durch ein Festhalten am *Status quo*, sondern durch eine weit gehende Restrukturierung des kubanischen Sozialismus und seiner ökonomischen Basis mit ebenso weit reichenden Folgen für die Gesellschaft. Diese Entwicklung in ihren verschiedenen Phasen nachzuzeichnen und die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Strukturen des heutigen Kuba ein Stück weit verständlicher zu machen, ist das Anliegen des vorliegenden Beitrages.

Die kubanische Revolution sah sich seit Anfang der sechziger Jahre massiven politischen und wirtschaftlichen Pressionen der USA gegenüber, und es war das strategische Bündnis mit der Sowjetunion und den sozialistischen Staaten in Ost-Europa, das es der Insel ermöglichte, diesem Druck nicht nur standzuhalten, sondern dabei auch noch ein sozialistisches Entwicklungsmodell in Gang zu setzen. 1989 wickelte Kuba mehr als 85% seines Außenhandels mit den sozialisti-

---

<sup>1</sup> "Jetzt erzählen sie mir/ von einem neuen Sozialismus/ der, um sich zu verteidigen,/ den Kapitalismus verwendet.// Mit dieser neuen Idee/ will ich mich gern befassen ...". Beginn des Liedes *Me están hablando ahora* des kubanischen Liedermachers Pedro Luis Ferrer (1998).

schen Staaten ab, zudem zu hoch subventionierten Vorzugskonditionen. Umso härter traf es die Insel, als die sozialistischen Handelspartner praktisch über Nacht zusammenbrachen. Der Absturz war tief. Immer mehr Lieferungen aus den sozialistischen Bruderstaaten blieben aus. Alles wurde knapp. Es gab nicht mehr genügend Rohstoffe für die Fabriken und keine Ersatzteile für Autos und Maschinen, nicht genug zu essen und nicht genug Benzin.

Allein das Erdöl: Die Sowjetunion hatte früher jedes Jahr 13 Mio. Tonnen geliefert – weit mehr als die kubanische Wirtschaft brauchte. Rund 3 Mio. Tonnen davon konnte das Land auf eigene Rechnung auf dem Spot-Markt in Rotterdam weiterverkaufen, gegen harte Dollars. 1992 importierte Kuba gerade noch 5 Mio. Tonnen, weniger als die Hälfte. Von einem kostenlosen Devisenbringer war Öl zu einem alle Wirtschaftsbereiche nach unten ziehenden Mangelprodukt geworden. Zahllose Betriebe im ganzen Land standen still. Auch die Zuckerrohrernte brach ein, von 8,4 Mio. Tonnen 1989 auf gerade noch 3,3 Millionen 1995. Nach offiziellen Zahlen fiel Kubas Importkapazität von umgerechnet 8,1 Mrd. US\$ 1989 auf nur noch 1,9 Mrd. US\$ im Jahr 1994.

Erst jetzt, als Kuba keine privilegierten Beziehungen innerhalb der sozialistischen Welt mehr Zuflucht boten, sah sich die Ökonomie den Zwängen und Anforderungen des Weltmarkts ausgesetzt. Und erst jetzt wurde auch das seit Jahrzehnten bestehende Wirtschaftsembargo der USA mit voller Wucht wirksam. In dem Maße, in dem der erwartete “Sturz” Castros ausblieb, setzte die exil-kubanische Lobby in den USA zweimal eine weitere Verschärfung der Blockade-Politik durch, zum einen 1992 mit dem “Torricelli-Gesetz”, zum zweiten 1996 mit dem “Helms-Burton-Gesetz”, das insbesondere darauf abzielt, ausländische Firmen von einem Engagement auf der Insel abzuschrecken. Deutlich wurde in der kubanischen Wirtschaftskrise der neunziger Jahre aber auch, wie sträflich über die reichlich fließenden Importe aus Osteuropa lange Zeit die einheimische Nahrungsproduktion vernachlässigt worden war. Denn nicht nur die Importwaren aus Übersee fehlten in den Läden und auf den Märkten, sondern auch die einheimischen Knollengewächse wie Boniato und Malanga oder tropische Früchte wie Mango und Ananas.

Die Regierung Castro reagierte auf die wirtschaftliche Notsituation mit kämpferischen Durchhalteparolen und mit einem rigiden

Sparprogramm, der so genannten *período especial en tiempos de paz* (Sonderperiode in Friedenszeiten). Öffentlicher Verkehr und Transport kamen weitgehend zum Erliegen. Um Energie zu sparen, wurden Stromsperren verfügt, die *apagones*, die 1993 und 1994 bis zu fünf, sieben oder gar zwölf Stunden am Tag die Bevölkerung ohne Strom für Kühlschrank und Ventilator ließen, Hochhäuser ohne Fahrstuhl und ganze Stadtteile ohne Licht. In den staatlichen Läden wurde der normale Verkauf "Geld gegen Ware" abgeschafft, fast alle Waren wurden rationiert und waren nur über die *libreta*, die Rationierungskarte, zu beziehen. Die Zuteilungen an Grundnahrungsmitteln waren knapp, die von Brot, Eiern oder gar Fleisch fielen oft ganz aus. Auch grundlegende Konsumartikel von der Seife bis zur Zahnpasta, Damenbinden sowie Unterhosen wurden zu schwer zu beschaffender Mangelware. "Was wir haben, ist praktisch eine Kriegswirtschaft", charakterisierte Castro dies.

Diese Quasi-Kriegswirtschaft konnte den harten Fall des Lebensstandards auf der Insel nicht bremsen, sie ermöglichte es aber, die hohen sozialen Kosten einigermaßen gleichmäßig zu verteilen. Mit ihr einher ging allerdings auch eine begrenzte Öffnung nach außen, denn das Land brauchte unweigerlich neue Devisenquellen. Von zentraler Bedeutung waren hierfür die Forcierung des internationalen Tourismus und das Werben um ausländische *Joint-Venture*-Unternehmen. Hinter dieser zweigleisigen oder "dualistischen" Wirtschaftsstrategie steckte die Hoffnung, dass die sozialistische Peso-Wirtschaft einerseits und die neuen Dollar-Welten der Touristen und Auslandsinvestoren andererseits sauberlich voneinander getrennt existieren könnten – und dass sich mit den Überschüssen der letzteren die Defizite ersterer ausgleichen ließen. Beides war nicht der Fall.

Die Erträge der neuen Dollar-Sektoren waren Anfang der neunziger Jahre viel zu gering, um den Sturz der sozialistischen Gesamtwirtschaft kompensieren zu können. Und getrennt halten ließen sich beide Sphären nur in der Theorie. In der Praxis wuchs der Schwarzmarkt rasant an und wurde für das alltägliche Auskommen unverzichtbar. Bereits 1992 gingen offizielle kubanische Schätzungen davon aus, dass mehr Pesos in der Grauzone zwischen Schwarzmarkt und Familienbeziehungen umgesetzt wurden als in der formalen Ökonomie. Das immer weitere Auseinanderklaffen zwischen Dollar- und Peso-Sphäre spiegelte sich im Wertverfall der kubanischen Währung auf dem

Schwarzmarkt wider: Offiziell 1:1 zum US-Dollar, fiel sie auf rund 130 Pesos pro US-Dollar Mitte 1994. Ein Durchschnittslohn von rund 200 US\$ in der staatlichen Ökonomie betrug hier umgerechnet ganze 1½ US\$. Natürlich sind hierbei die Zuteilungen über die *libreta*, das kostenlose Bildungs- und Gesundheitssystem und die fast symbolischen Preise der Wohnungsmiete mit in Rechnung zu stellen. Dennoch wurden die Diskrepanzen gewaltig: Was ein Hotel-Kellner bei einem einzigen Frühstück als Trinkgeld bekam, konnte leicht den Monatslohn eines Stahlarbeiters oder eines Facharztes übersteigen.

Staat und Partei organisierten ihre Teilhabe an den touristischen Dollar-Welten in verschiedenen Formen. Die legendäre Hemingway-Kneipe “Bodeguita del Medio”, Pflichtprogramm jedes Havanna-Besuchers, ist beispielsweise dem Kommunistischen Jugendverband zur eigenständigen Devisenerwirtschaftung übertragen worden. *Gaviota*, eines der größten Unternehmen im Tourismus-Bereich, gehört der Armee. Ein besonderes Element dieser Strategie ist die Gründung quasi-staatlicher, aber formal als “Aktiengesellschaften” (*Sociedad Anónima*, kurz: S. A.) organisierter Unternehmen, die zumeist im Außenhandel oder im Umfeld des Tourismus tätig sind, auf Dollar-Basis operieren und von zuverlässigen Parteimitgliedern geführt werden (zuweilen spöttisch als “Kaderkapitalismus” bezeichnet). Auslandsunternehmen können ihr Personal ausschließlich über offizielle Beschäftigungsgesellschaften anstellen, so dass auch hier der Staat über die Vergabe der begehrten Posten in der Dollar-Welt mitentscheidet.

Allen moralischen Kampagnen zum Trotz wurde in dieser Situation die Versuchung allgegenwärtig, auch über andere Kanäle am Füllhorn der Dollar-Welten teilzuhaben – vom Schwarzmarkt-Verkauf teurer Zigarren an die Touristen über das Wiederaufleben der Prostitution vor den Hotels bis hin zur Korruption auf allerhöchster Ebene: Carlos Aldana, der mächtige Ideologie-Chef der KP und “dritte Mann” hinter den Castro-Brüdern, wurde 1992 wegen Korruption aller Ämter enthoben; er hatte, so einer der Vorwürfe, sich von einem “Sony”-Vertreter auf der Insel zwei Kreditkarten auf seinen Namen geben lassen.

Ihren Tiefpunkt erreichte die wirtschaftliche und soziale Krise in den Jahren 1993/94 – und als Antwort hierauf kam es zu den bislang wichtigsten wirtschaftlichen Reformschritten. Als die Zuckerrohrrente einen neuen Negativrekord verzeichnete, drohte im Sommer 1993 die

Importkapazität unter 2 Mrd. US\$ zu fallen, was den Planern der Regierung als kritische Überlebensmarke der kubanischen Ökonomie gilt. In dieser Situation griff die Führung zu einem radikalen Schritt. Ausgerechnet am Revolutionsfeiertag, dem 26. Juli 1993, verkündete Fidel Castro die Legalisierung des US-Dollars in Kuba.

Diese Maßnahme veränderte die Grundkoordinaten der kubanischen Wirtschaft, denn angesichts des Wertverlustes des Peso bedeutete die Dollar-Freigabe weniger das Zulassen einer "Zweitwährung", sondern vielmehr das Akzeptieren des US-Dollars als einziger harter Währung des Landes. Da die Revolution ihre historische Legitimation aus der Behauptung der Nation gegen die Abhängigkeit von den USA zog, berührte die Kapitulation vor der Währung des Feindes auch die ideologischen Fundamente des politischen Systems.

Ökonomisch allerdings war die Dollarfreigabe tatsächlich ein Rettungsanker. Sie erschloss dem Land eine neue Devisenquelle von kaum zu überschätzender Bedeutung: die nun legal zu empfangenden Geldüberweisungen von Verwandten aus dem Ausland. Was sich nach Kleingeld anhört, ist inzwischen einer der zentralen Wirtschaftszweige der kubanischen Ökonomie. Nach verschiedenen Schätzungen bringen die Rücksendungen der emigrierten Kubaner zwischen 500 und 1.100 Mio. US\$ jährlich, womit sie die größte Deviseneinnahmequelle Kubas darstellen, noch vor dem Zucker und den Netto-Einnahmen durch den Tourismus. Zudem bietet das rasch ausgeweitete Netz staatlicher Dollarshops von Seife bis zum Videorecorder alles an, was in den staatlichen Läden sonst fehlt. Aus den *traidores* (Verrätern), so der Volksmund, wurden *trae-dólares* (Dollarbringer).

Im Anschluss an die Dollar-Legalisierung wurden noch drei weitere Schritte im "Sommer der Reform" 1993 gemacht: Erstens die Zulassung einer Reihe von Gewerben als *trabajo por cuenta propia* (Arbeit auf eigene Rechnung). Zahlreiche Restriktionen sollen dabei jedoch ausdrücklich das Entstehen von "Klein-Unternehmern" verhindern, und bis heute sind nicht mehr als 5% der kubanischen Bevölkerung legal als Fahrradmechaniker oder Klempner, Friseur oder Feuerzeugnachfüller registriert. Zweitens die Umwandlung des Großteils der ländlichen Staatsbetriebe in so genannte UBPC-Genossenschaften (UBPC = Basiseinheit der genossenschaftlichen Produktion), zuweilen hoffnungsvoll als "dritte Agrarreform" bezeichnet. Drittens ein Sparprogramm zur Sanierung der öffentlichen Finanzen, das die

Preise für Tabak und Alkohol, aber auch für öffentliche Dienstleistungen wie Strom und Wasser erhöhte. Die sozialen Kosten liegen auf der Hand, doch hier ist auch der sichtbarste Erfolg erzielt worden: Die kubanische Währung gewann wieder an Wert und pendelte sich Ende der neunziger Jahre relativ stabil bei rund 20:1 ein. Dies ist immer noch überaus niedrig für diejenigen, die ein reguläres Peso-Einkommen beziehen, aber doch weit entfernt von dem freien Fall des Peso in den Jahren zuvor.

Das Auseinanderklaffen zwischen Peso- und Dollar-Welten, seine sozialen Folgen und der damit einhergehende Wertewandel sind zu einem zentralen Topos nicht nur der kubanischen Literatur und bildenden Kunst geworden, sondern sie werden auch in zahllosen Texten der Liedermacher, Rocksänger und populären *salsa*-Bands der neunziger Jahre reflektiert und verarbeitet. Gleichzeitig brachte die Außenöffnung der Ökonomie Schriftstellern, Malern und Musikern auch neue Möglichkeiten: Kultur wurde als wichtiger Devisenbringer des Landes entdeckt, und den Künstlern wurde nun – im Unterschied zu früher – erlaubt, einen Teil ihrer Deviseneinnahmen aus dem internationalen Verkauf von Bildern und Büchern, CD-Aufnahmen oder Konzerttourneen zu behalten und nur einen bestimmten Prozentsatz an den Staat abzuführen. Zudem führte der Tourismus eine dollarträchtige Nachfrage nach Kunst und Kultur ins Land – von den Konzerten der großen *salsa*-Stars in Havannas “Palacio de la Salsa” bis zu den zahllosen Trios, die an Swimmingpools und Hotelbars den Touristen ein schmachtdendes “Comandante, Che Guevaaaaara” ins Ohr trällern. Indem sie Zugang zu den Dollar-Welten boten, avancierten Kunst und Kultur nun zu den potenziell lukrativsten Arbeitsmöglichkeiten.

Niemand verkörpert diesen Wertewandel besser als “Manolín, el Médico de la Salsa”, der “*salsa*-Arzt”, der Mitte der neunziger Jahre zum *Shooting-Star* der kubanischen *salsa*-Szene wurde – und der zuvor tatsächlich als Arzt im kubanischen Gesundheitswesen seinen Dienst tat. Dass der *Médico* daraus seinen Markennamen machte, ist kein Zufall. Es entspricht ganz den praktischen Orientierungen für das Leben in den neuen Zeiten, die die Texte seiner Lieder – neben zahllosen Variationen zum Thema Liebe & Co. – den Zuhörern vermitteln. Wenn etwa eines seiner populären Lieder immer wieder den Refrain “Hay que luchar!” (“Man muss kämpfen!”) ins begeisterte Publikum schmettert, dann ist dies meilenweit entfernt von jenem Kämpfen für

die Revolution und gegen den Imperialismus, wie er in Kuba einst mit dem Wort *luchar* untrennbar verbunden schien, sondern meint das individuelle Über-die-Runden-Kommen, die Jagd nach dem Dollar und das tägliche Organisieren all dessen, was man im Alltag braucht. Das ist harte Arbeit, aber, so das Rezept des *Médico*: Nicht jammern, clever sein! “Hay que estar arriba de la bola”, wie es in einem anderen seiner Lieder heißt, “man muss immer am Ball bleiben”, beweglich sein. Er selbst hat es vorgemacht: Wenn man von 300 Pesos staatlichem Lohn nicht vernünftig leben kann, dann muss man halt den Arzt-Beruf an den Nagel hängen und sich etwas Besseres einfallen lassen.

Eine Reihe prominenter Künstler und Intellektuelle ging ins Exil. Etliche andere hingegen, die international genügend Erfolg haben, wählten das, was der Volksmund “samtenes Exil” taufte: Sie leben mehr oder weniger dauerhaft im Ausland, aber ohne zu emigrieren oder es sich durch radikale politische Erklärungen mit den Behörden zu verderben; sie kommen einmal im Jahr oder auch öfter auf die Insel zurück, um ihre Familie und Freunde zu besuchen, die Luft der Heimat zu atmen und vielleicht auch ein paar Konzerte zu geben. Wer im Ausland erfolgreich war, konnte unter den neuen Bedingungen der neunziger Jahre als Künstler allerdings auch auf der Insel bleiben und dort ganz legal einen relativen Wohlstand genießen.

Für die Mehrheit der Bevölkerung gab es solch elegante Lösungen allerdings kaum, und Anfang der neunziger Jahre nahm die Fluchtbewegung aus Kuba rapide zu. Da die USA, das Hauptziel für die kubanische Emigration, in der Vergabe legaler Visa überaus restriktiv waren, gleichzeitig aber alle illegal über das Meer fliehenden Kubaner mit offenen Armen empfangen, stieg die Zahl der Floßflüchtlinge, der *balseros*, rapide an. In den 4½ Jahren nach 1990 registrierte die kubanische Küstenwache nicht weniger als 45.000 Fluchtversuche über das Meer.

Im Sommer 1994 dann eskalierte die soziale Krise. Am 5. August kam es auf Havannas Küstenstraße, dem Malecón, zu den ersten offenen Unruhen gegen die Regierung. Am helllichten Tage wurden die Scheiben von Dollarläden eingeworfen und Anti-Castro-Parolen skandiert. Bereits nach zwei, drei Stunden hatten die Sicherheitskräfte die Lage wieder unter Kontrolle, ohne Panzer und ohne Blutvergießen. Fidel Castro selbst marschierte an der Spitze des schnell mobilisierten Demonstrationszugs, der den Malecón wieder für die Revolution in

Besitz nahm. Dennoch markiert dieser 5. August 1994 in Kuba einen Einschnitt: Die Tiefe der gesellschaftlichen Erosionsprozesse war sichtbar geworden – und auch die Regierung registrierte dies. Nur wenige Tage später trat sie die Flucht nach vorn an und Castro gab die Grenzen für alle Floßflüchtlinge frei. Die Folge war ein Massenexodus. In weniger als einem Monat flohen mehr als 32.000 Kubaner auf selbst gezimmerten Flößen und in lebensgefährlicher Überfahrt Richtung Florida. Das Land erlebte eine Untergangsstimmung. Das Schicksal jener *balseros*, die bei ihrem Fluchtversuch starben, blieb in der Gesellschaft als Trauma zurück.

Der zweite Schritt der Regierung war wirtschaftspolitischer Art. Nur eine Woche, nachdem Fidel Castro die Grenzen wieder für geschlossen erklärte, ließ er seinen Bruder Raúl, seines Zeichens Armee-Chef des Landes, die bis heute bedeutendste interne Reformmaßnahme verkünden: die Wiederezulassung der 1986 abgeschafften Märkte für Agrarprodukte. Es gibt eine Reihe von Einschränkungen, aber im Prinzip werden die Preise dort durch Angebot und Nachfrage definiert. „Die Preise mögen hoch sein“, so die Erklärung Raúl Castros, „aber sie werden in jedem Falle niedriger sein als auf dem Schwarzmarkt“. Eine bemerkenswerte Begründung für einen sozialistischen Staat.

In der Tat haben die 1994 eröffneten Agrarmärkte die Versorgungslage der Bevölkerung spürbar verbessert, und auch für die landwirtschaftliche Produktion haben sie echte Anreize geschaffen. Im Juni 1995 wurden private Kleinrestaurants, die so genannten *paladares*, zugelassen. Mit dem Zustrom der Überweisungen, dem Wachstum der Dollar-Sektoren und der relativen Stabilisierung des Peso wurde ab Mitte der neunziger Jahre wieder eine gewisse Entspannung der ökonomischen Situation erreicht.

Mit den wirtschaftlichen Verwerfungen nach 1989 ging auch eine Krise vieler gesellschaftlicher Institutionen einher. Die alltagspraktische Relevanz der „sozialistischen Massenorganisationen“ hat deutlich abgenommen, die Bedeutung von Familienbanden und Verwandtschaftsbeziehungen hingegen ebenso spürbar zugenommen. Zudem erlebten in den neunziger Jahren religiöse Gemeinschaften aller Art ein spektakuläres Comeback, nachdem sie drei Jahrzehnte ins gesellschaftliche Abseits gedrängt worden waren. Eine zentrale Rolle kommt dabei der kubanischen Volksreligion, der aus einer Vermi-



schung afrikanischer und katholischer Glaubensformen und -inhalten entstandenen *santería*, zu. Aber auch die etablierte katholische Kirche ist wieder zu einer bedeutenden sozialen Instanz avanciert, und auch eine Vielzahl kleinerer protestantischer Kirchen haben starken Zulauf erhalten.

Einen regelrechten Boom erlebten Mitte der neunziger Jahre auch die so genannten Nicht-Regierungs-Organisationen (NGOs, nach der englischen Bezeichnung), die vielen attraktiver schienen als die eng an Partei und Staat angebundenen offiziellen Organisationen und Verbände. Für internationale Solidaritäts- und Hilfsprojekte wurden diese NGOs im kulturellen, ökologischen oder sozialen Bereich schnell zu wichtigen Partnern auf der Insel. Die bekannteste dieser Neugründungen war die "Stiftung Pablo Milanés" zur Förderung diverser Kulturprojekte, die der prominente kubanische Liedermacher ins Leben rief und aus den Devisen-Einnahmen seiner internationalen Plattenverträge selbst finanzierte.

Vor dem Hintergrund der sozialen Ausdifferenzierung der kubanischen Gesellschaft und der abnehmenden Bindungskraft der etablierten Institutionen entwickelte sich in den intellektuellen Kreisen des Landes Mitte der neunziger Jahre eine bemerkenswerte Reformdiskussion über die Möglichkeiten und Freiräume der "Zivilgesellschaft im Sozialismus". Gesellschaftliche Organisationen, so der Grundtenor, sollten entschieden mehr Pluralismus akzeptieren und mehr Autonomie von Partei und Staat haben – ohne dass dies gleich das politische System als solches in Frage stellen müsste.

Wie weit diese Vorstellung hätte tragen können, bleibt Spekulation. Sicher ist, dass sie dem Kontrollbedürfnis des Staates sehr schnell zu weit ging. Pablo Milanés, loyaler Parteigänger der Regierung und sogar Abgeordneter in Kubas fast immer einstimmig entscheidendem Parlament, musste bereits 1995 die Grenzen seines Projekts erkennen. In einem spektakulären und für Kuba völlig ungewöhnlichen Protestakt löste er seine Stiftung auf, da die Kulturbürokratie, so Milanés, die zugesagte Unabhängigkeit der Stiftung nie respektiert und ihre Arbeit beständig sabotiert habe.

Auch in der Wirtschaftspolitik schlug das Pendel Mitte der neunziger Jahre wieder um. Gerade durch die etwas verbesserte wirtschaftliche Gesamtlage schienen die Zugeständnisse Richtung Markt nun wieder entbehrlich. Nicht "mehr Reformen", sondern "mehr Kontrol-

le” sei nötig, hieß es nun. Gegen die Freiberufler gab es eine Flut von Kontrollen, Gebühren und Inspektionen. In der Parteizeitung wurden sie ideologisch scharf angegriffen als “Keimzellen einer einheimischen Bourgeoisie, die früher oder später der Konterrevolution zu Diensten wäre”. Anfang 1996 kam ein politischer Konflikt mit den Hardlinern des Exils und der US-Regierung hinzu: Eine in Miami ansässige Exil-Organisation hatte mit Sportflugzeugen mehrfach den Luftraum Kubas verletzt, und die Regierung in Havanna entschloss sich nun, bei einer dieser Provokationen zwei der Cessnas abzuschießen. Die vier Piloten, allesamt Exil-Kubaner mit US-amerikanischer Staatsbürgerschaft, starben. In der breiten Empörung, die dieser Abschuss unbewaffneter Zivilflugzeuge in den USA auslöste, fiel es den Hardlinern des Exils leicht, das “Helms-Burton-Gesetz”, das bis dahin auf große Widerstände im politischen Establishment der USA gestoßen war, mit großer Mehrheit durch den Kongress zu bringen. Vor diesem außenpolitischen Hintergrund besiegelte die Regierung in Havanna wenig später den innenpolitischen Kurswechsel: In einer von Raúl Castro verlesenen “Erklärung des Politbüros” griff die kubanische Staatsführung all jene in martialischem Ton an, die für weitergehende wirtschaftliche Reformen und mehr gesellschaftliche Freiräume im Rahmen des revolutionären Projekts eingetreten waren, da dies dem Feind zuarbeitete und nur das “Trojanische Pferd” für Imperialismus und Konterrevolution sei.

Seitdem legt der Öffnungsprozess vielfach wieder den Rückwärtsgang ein. Zahllose *paladares* wurden geschlossen, Tausende von “auf eigene Rechnung Arbeitenden” mussten ihre Lizenz wieder zurückgeben. Was die Regierung an Reformen weiterhin durchführt, konzentriert sich im Wesentlichen auf den Außensektor (Freihandelszonen für Auslandsfirmen, Werben um neue Auslandsinvestitionen), den Devisen-Sektor in der Binnenökonomie (Ausweitung der Dollar-Läden etc.), den Ausbau der touristischen Infrastruktur (Anlegesteg für Kreuzfahrtschiffe in Havanna, Modernisierung des Flughafens etc.) sowie auf eher technisch-administrative Fragen (Einführung eines zweistufigen Bankensystems, Aufbau der Steuerverwaltung etc.). Verbunden wird dies mit Versuchen, die Staatsunternehmen zu mehr Effizienz zu bringen. Die Parole dafür lautet “Perfektionierung des Sozialismus”. Doch wo dies auch eine höhere Entscheidungskompetenz der einzelnen Betriebe erforderlich machen würde, findet dies immer wie-

der schnell seine Grenzen an der Oberhoheit der zentralen staatlichen Instanzen, die jeden Macht- oder Kontrollverlust argwöhnisch beäugen.

Ein Beispiel für die Schwierigkeiten bietet die mit vielen Hoffnungen gestartete Umgestaltung der Landwirtschaft. Die riesigen Staatsfarmen wurden in Genossenschaften umgewandelt, in denen die Entscheidungsmacht theoretisch bei der Versammlung gleichberechtigter Genossen liegt. In der Praxis aber stößt dies auf zahllose Grenzen. Welche Produkte angebaut und zu welchem Preis sie an den Staat verkauft werden sollen, wird im Wesentlichen von den auf nationaler Ebene entschiedenen Planvorgaben bestimmt. Zudem ist jede Genossenschaft einem nach wie vor staatlichen Betrieb "zugeordnet", der *de facto* eine Art Vormundschaft bei vielen Fragen ausübt. Der Rahmen für eine eigenständige Entscheidungskompetenz der Genossenschaftsbauern bleibt eng gesteckt.

Schien eine Zeitlang vielen Beobachtern die Frage lediglich, in welchem Ausmaße und mit welchem Tempo Marktelemente aufgreifende Reformen umgesetzt würden, so ist inzwischen die ganze Richtung wieder infrage gestellt. Die Staatsführung hat eine "ideologische Gegenoffensive" eingeschlagen. Unter dem Druck der wirtschaftlichen Krise habe man ideologische Zugeständnisse machen müssen; mit der relativen Stabilisierung der Situation sei dies nun nicht mehr nötig, so die Argumentation. Man brauche derzeit nicht Reformen zur Dynamisierung der binnenwirtschaftlichen Entwicklung, sondern Mechanismen zur Eindämmung der unerwünschten sozialen Effekte der Reformen. Lag vorher alle Priorität beim wirtschaftlichen Überleben, so sei die Priorität nun, den Sozialismus wieder sozialistischer zu machen. Gleichzeitig aber wird von eben diesem Staat nach wie vor die Dollarisierung der Ökonomie und des Alltags vorangetrieben, werden neue *Shopping-Center* hochgezogen, die sich unverkennbar am Vorbild Miami orientieren, und am Malecón, der Flaniermeile der Jugend Havannas, in prominent platzierten Schaufenstern japanische Neuwagen zur Schau gestellt, die auch für besser gestellte Kubaner hoffnungslos teuer sind. Kubas neuer Sozialismus wird auf einem Fundament aus Dollars errichtet.

Einher geht diese ambivalente Entwicklung mit ideologischen Kampagnen, die so massiv geführt werden wie lange nicht mehr. Sendungen zur politischen Orientierung haben vielfach Unterhaltungs-

und Kindersendungen aus dem Fernsehprogramm verdrängt, und jede Woche wird irgendwo im Land eine Massenkundgebung gegen die Politik der USA und für den kubanischen Sozialismus in Szene gesetzt und *live* auf beiden Sendern des staatlichen Fernsehens übertragen. Dabei ist der Diskurs sehr viel holzschnittartiger, dogmatischer als etwa noch vor fünf, sechs Jahren, und die Personalisierung der Politik über die Person Fidel Castros erlebt eine neue Blüte. Kaum eine Rede kubanischer Amtsträger kommt ohne ein mehrfach wiederholtes „Wie unser *Comandante el Jefe* gesagt hat...” aus.

Die neue Betonung der ideologischen Reinheit des kubanischen Sozialismus hat die Prostitution, die sich im Laufe der neunziger Jahre in den Tourismuszentren stark ausgebreitet hatte, wieder auf ein niedrigeres Niveau heruntergeschraubt. Gleichzeitig geht sie teilweise aber auch mit einem moralischen Rigorismus einher, der so gar nicht zu dem in Europa vorherrschenden Kuba-Bild passen will. Dies haben auch Kubas Musiker zu spüren bekommen, als die populäre *salsa*-Band *Charanga Habanera* im Sommer 1997 mit sechs Monaten Auftritts- und Radioverbot abgestraft und zu öffentlicher Selbstkritik verdammt wurde – nicht etwa wegen politischer Äußerungen, sondern wegen erotischer Anzüglichkeiten während ihrer Bühnenshow.

Die Koexistenz grundverschiedener Wertordnungen, Währungen und Wirtschaftsmechanismen, von Dollar und Peso, Plan und Markt, Rationierungskarte und Schwarzmarktwirtschaft, hat zur Herausbildung eines eigenwilligen Mischsystems geführt. Dieses bietet zahlreiche Nischen, in denen sich die meisten Kubaner – manche besser, manche schlechter – irgendwie eingerichtet haben. Dennoch zeigen sich in der Bevölkerung unübersehbare Ermüdungserscheinungen, die durch die so dick aufgetragenen ideologischen Kampagnen der letzten Zeit eher noch verstärkt als abgebaut werden. War es einst die große Stärke der kubanischen Revolution, dass sie auf der authentischen Begeisterung einer großen Mehrheit im Volke aufbauen konnte, so ist die Teilnahme an den Massenaufmärschen heute für viele eine Pflichtübung, die man mit Routine absolviert.

Die Bilanz mag als das berühmte Glas Wasser erscheinen, das die einen halb voll und die anderen halb leer sehen werden. Wer nach 1989 den Zusammenbruch des sozialistischen Kuba für eine ausgemachte Sache hielt, muss zur Kenntnis nehmen, dass sich das System als sehr viel widerstands-, aber auch wandlungsfähiger erwiesen hat

als weithin angenommen wurde. Die Untergangsstimmung der Jahre 1993/94 ist wieder einer Alltags-Normalität gewichen, wenn auch noch immer auf einem niedrigeren Niveau, als es Kuba in den achtziger Jahren hatte. Der Niedergang des Gesundheits- und Bildungssystems ist bitter, aber noch immer gibt es eine grundlegende medizinische Versorgung, wenn auch mit gravierenden Mängeln, und noch immer geht in Kuba jedes Kind zur Schule. Die gesellschaftlichen Polarisierungsprozesse sind erheblich, aber dennoch vergleichsweise geringer, als es die Tiefe der wirtschaftlichen Krise erwarten lassen konnte. Gerade angesichts der neuen Armut, die in Teilen der Gesellschaft Einzug gehalten hat, sind auch die Rationen der *libreta*-Versorgung, so geschrumpft sie auch sein mögen, für viele wichtiger denn je.

Gleichzeitig aber wurden gravierende strukturelle Probleme nur vertagt, nicht gelöst. Die Spaltung der Ökonomie in Dollar- und Peso-Sektoren verhärtet sich, und die Diskrepanz zwischen Löhnen und Preisen ist nach wie vor atemberaubend. Mit 200 oder auch 300 Pesos offiziellem Monatseinkommen bleibt man nicht nur in den *Dollar-shops* außen vor; auch auf den Peso-Märkten kauft man damit nicht viel, wenn bereits ein Bund Mohrrüben vier Pesos und eine Ananas zehn Pesos kostet; von den Preisen für Fleisch und Wurst ganz zu schweigen. Die relative Verbesserung der makroökonomischen Daten, auf die die Regierung zu Recht verweisen kann, übersetzt sich nicht unbedingt in gleichem Maße in eine Verbesserung der Stimmung in der Bevölkerung.

Seit dem 11. September 2001 hat Kubas Wirtschaft zudem mit neuen Problemen zu kämpfen. Nach den Anschlägen in den USA hat auch in Kuba der Tourismus einen spürbaren Einbruch erlitten, da auch in Europa und Kanada viele von Flugreisen fürs Erste Abstand genommen haben. Insgesamt hat die Regierung 10.000 Hotelbetten vorübergehend aus der Nutzung genommen. Und auch die zweite tragende Säule der kubanischen Weltmarktintegration, die Überweisungen der Verwandten aus den USA, haben nach dem Schock der Anschläge und der damit verbundenen wirtschaftlichen Verunsicherung spürbar abgenommen. Wie lange diese Entwicklung anhält, weiß niemand. Doch als der Dollarzustrom knapper wurde, ist auf der Insel prompt auch der Kurs zwischen Peso und Dollar wieder ins Rutschen gekommen. War die Stabilisierung des Peso-Kurses einer der zentra-

len wirtschaftspolitischen Erfolge der letzten Jahre, so musste die Regierung nun den Kurs der Wechselstuben dem Wertverfall des Peso auf dem Schwarzmarkt anpassen und die kubanische Währung um knapp 30% abwerten.

Dennoch zeigt sich die Regierung optimistisch. "Wir haben nicht die Situation der Jahre 1993 und 1994, und wir werden sie auch nicht bekommen", versicherte Carlos Lage, der Wirtschaftsbevollmächtigte des Politbüros, bei der Eröffnung der alljährlichen Handelsmesse im Oktober 2001. Für die Bevölkerung wurde ein greifbares Ergebnis der entspannteren Wirtschaftslage in Aussicht gestellt: Da die alten Schwarzweißfernseher sowjetischer Bauart zunehmend ihren Geist aufgeben und die neuen "Sony" und "Samsung"-TVs bislang exklusive Luxusprodukte der *Dollarshops* sind, wird Kuba, so die Ankündigung, in den nächsten Jahren rund eine Million Farbfernseher aus der Volksrepublik China importieren. Ein Teil von ihnen wird in die Devisenläden gehen und dort an jene Kubaner verkauft werden, die über ausreichend Dollars verfügen, woher auch immer. Ein anderer Teil soll den klassischen Verteilungswegen des kubanischen Sozialismus folgen, bei denen nicht das Geld, sondern der Staat entscheidet, wer was bekommt (und wer nicht). Zu hoch subventionierten Peso-Preisen sollen die neuen Fernseher von den offiziellen Institutionen und Staatsbetrieben vergeben werden, an Rentner und andere Bedürftige sowie als Belohnung für *mérito* (gesellschaftliche Verdienste) und vorbildliche Arbeitsleistungen.